

Impulse für Ostdeutschland



Ostdeutschland befindet sich im Aufbruch. Es hat das Potenzial, sich zu einer wettbewerbsfähigen Wirtschaftsregion in Europa zu entwickeln. Wir dürfen jetzt jedoch nicht auf halbem Weg stehen bleiben, sondern müssen dieses Potenzial konsequent ausbauen.

Vieles bleibt noch zu tun. Wir sorgen uns um die Abwanderung vor allem junger Menschen aus den ostdeutschen Bundesländern. Wir sorgen uns um die Eigenkapitalfähigkeit des Mittelstands, des Rückgrats auch der ostdeutschen Wirtschaft. Vor allem sorgen wir uns um die erdrückend hohe Arbeitslosigkeit, die Ostdeutschland plagt.

Die besondere Situation strukturschwacher Regionen, insbesondere im Osten der Republik, dürfen wir bei der weiteren Gestaltung Deutschlands und bei der Erweiterung der Europäischen Union nicht übersehen. Wir müssen in bestimmten Bereichen die massiven Strukturprobleme in Ostdeutschland stärker berücksichtigen.

Mit dem zwischen Bund und Ländern vereinbarten Solidarpakt II wurden hierfür gute Voraussetzungen geschaffen. Jetzt gilt es, die Mittel gezielt in Bereiche zu lenken, die die neuen Länder zukunftsfähig machen. Wir fordern die neuen Länder auf, die ihnen im Zeitraum von 2005 bis 2019 zufließenden Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen in Höhe von insgesamt 105 Mrd. € (Korb I) konsequent für den Abbau der teilungsbedingten Rückstände in der Infrastruktur zu verwenden. Gleichzeitig ist der Bund aufgerufen, die im Rahmen des Korb II für den gleichen Zeitraum vereinbarten überproportionalen Leistungen aus dem Bundeshaushalt in Höhe von 51 Mrd. € zu konkretisieren.

Gleichzeitig steht das Fördersystem der Europäischen Union vor großen Umwälzungen. Wir müssen uns frühzeitig einbringen und unsere Interessen deutlich machen.

Bund und Länder müssen Hand in Hand arbeiten, um die Chancen zu nutzen und den Herausforderungen zu begegnen. Deshalb müssen wir die Kräfte bündeln und die notwendigen Schritte für die kommenden Jahre beschreiben.

Investitionsförderung auf hohem Niveau

Der Aufbau Ost braucht auch in Zukunft wirksame Impulse für mehr wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung. Dies kann nur durch Stärkung von Investitionen und Existenzgründungen geschehen. Die zentrale Forderung für den Aufholprozess der ostdeutschen Länder heißt deshalb: Fortsetzung der Investitionsförderung in den nächsten Jahren auf hohem Niveau und Stärkung von Selbständigkeit und Existenzgründungen.

Wir begrüßen, dass die steuerliche Investitionszulage über das Jahr 2004 hinaus auf Basis der beihilferechtlichen Anforderungen der Europäischen Union erhalten bleibt und für die beiden folgenden Jahre fortgesetzt wird. Aber auch nach 2006 dürfen die Mittel, die Investitionen in Ostdeutschland fördern, nicht verringert werden.

Die europäischen Strukturfonds und Ziel-1-Gebiete sind von großer Bedeutung für die Entwicklung Ostdeutschlands. Sie fördern das Wirtschaftswachstum und schaffen neue Arbeitsplätze.

Deshalb soll die EU-Strukturpolitik nach 2006 in reformierter Form fortgesetzt werden und das neue Ziel-1-Gebiet Regionen mit einem Bruttoinlandsprodukt bis zu 75 % des europäischen Durchschnittes sowie Regionen mit besonderen Problemen einschließlich derjenigen, die vom statistischen Effekt betroffen sind, abdecken. Die besondere Situation der Grenzregionen ist dabei zu berücksichtigen.

Stärkung der kommunalen Finanzkraft

Die Kommunen tragen einen wesentlichen Teil der Investitionslast in Ostdeutschland. Die Finanzlage vieler Kommunen ist jedoch so angespannt, dass wichtige und notwendige Investitionen in die Infrastruktur nicht getätigt werden können. Nur starke Kommunen sind gute Partner für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung. Daher muss ihre Finanzkraft schnell, deutlich und nachhaltig gestärkt werden.

Die Gemeindefinanzreform muss Kommunen, insbesondere in den strukturbelasteten Städten mit hoher Arbeitslosigkeit, Perspektiven für ihre mittel- und längerfristige Finanzpolitik eröffnen.

Hierzu erwarten wir eine Verbesserung und Verstetigung der Kommunaleinnahmen durch die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindegewerbesteuer insbesondere durch Verbreiterung der personellen Bemessungsgrundlage, durch die Erhöhung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer und durch das Stopfen von Steuerschlupflöchern.

Wir erwarten, dass die aus der Übernahme der erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger in das Arbeitslosengeld II resultierenden finanziellen Entlastungen der Kommunen weitgehend bei den Kommunen verbleiben.

Mit Sorge stellen wir fest, dass das bisher vorgesehene Finanzierungsmodell bei der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe die neuen Länder benachteiligt, da der Anteil erwerbsfähiger Sozialhilfeempfänger im Osten niedriger und der Anteil von Arbeitslosenhilfebeziehern höher ist als in den alten Bundesländern. Hierfür muss ein fairer Ausgleich gefunden werden.

Innovationsförderung

Innovationen bringen Ostdeutschland voran. Wir brauchen dreizehn Jahre nach der Einheit unseres Landes keinen einfachen „Nachbau West“ mehr. Ostdeutschland baut auf innovative Unternehmen als Zugpferde für die Entwicklung der Region.

Ostdeutschland verfügt heute schon über eine beachtliche Forschungslandschaft. Sie muss aber konsequent weiter ausgebaut werden. Wir brauchen weiterhin strategische Investitionen in Spitzenforschung. International wahrnehmbare Forschungscluster sind wichtig für die Anziehungskraft der neuen Länder und ihre weitere wirtschaftliche Entwicklung.

Die regionale Vernetzung von Akteuren aus Bildung, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung trägt entscheidend zur Mobilisierung von Innovationspotenzialen bei. Es bleibt deshalb eine wichtige Aufgabe der Förderpolitik, solche Initiativen anzustoßen

und zu ihre Entwicklung voran zu treiben. Dabei muss sie sich verstärkt auf jene Netzwerke fokussieren, die bereits ein eigenständiges Kompetenzprofil erkennen lassen, das gute Voraussetzungen für eine internationale Wettbewerbsfähigkeit hat.

Eine erfolgreiche Innovationspolitik Ost kann nur gelingen, wenn sie den jungen Unternehmen gute Entwicklungschancen gibt. Das gilt insbesondere für forschungsintensive Technologieunternehmen. Dazu ist es notwendig die steuerlichen Rahmenbedingungen für den Einsatz von Risikokapital und junge für Hightech-Firmen zu verbessern.

Bildung ist die wichtigste Voraussetzung für Innovationsfähigkeit. Neben einer guten Allgemeinbildung kommt es gerade in Ostdeutschland immer mehr darauf an, dass sich die Bildungsangebote auch am Qualifikationsbedarf der regionalen Wirtschaft orientieren. Insbesondere die Hochschulen müssen sich noch stärker ihrer Standortverantwortung und –chance bewusst werden. Durch neue Wege der Zusammenarbeit mit der regionalen Wirtschaft soll der Wissensfluss in die Unternehmen verstetigt und eine frühzeitige Bindung von Nachwuchskräften erreicht werden.

Aktive Arbeitsmarktpolitik

Die erdrückend hohe Arbeitslosigkeit ist nach wie vor die größte Herausforderung vor der wir in Ostdeutschland stehen. Auch bei hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten werden wir sie nur schrittweise abbauen können. Die Fortsetzung der aktiven Arbeitsmarktpolitik bleibt deshalb auf absehbare Zeit eine zentrale Aufgabe unserer Politik.

Wir begrüßen die Initiativen der Bundesregierung, die jungen Menschen und Langzeitarbeitslosen Perspektiven eröffnen. Das Programm JUMP PLUS baut Brücken in den ersten Arbeitsmarkt für 100.000 Jugendliche. Das Sonderprogramm „Arbeit für Langzeitarbeitslose“ fördert weitere 100.000 Betroffene. Beide Programme wirken in strukturschwachen Regionen, insbesondere in Ostdeutschland.

Zudem hat die Bundesregierung im Rahmen der Ausbildungskampagne das Ausbildungsplatzprogramm Ost – entgegen der ursprünglichen Planung – nicht reduziert, sondern es werden auch in diesem Ausbildungsjahr 14.000 Stellen finanziert. Auch in den folgenden Jahren bedarf es besonderer Anstrengungen, um die Ausbildungsbereitschaft in den Betrieben zu erhöhen und auch benachteiligten Jugendlichen den Weg in den Beruf zu ermöglichen. Die Schaffung neuer und zukunftsfähiger Ausbildungs- und Arbeitsplätze ist eine Zukunftsaufgabe, die vor allem auch die Wirtschaft annehmen muss.

Unser Ziel bleibt, auch in diesem Jahr jedem Jugendlichen eine Lehrstelle zu garantieren. Dies geht nicht ohne die Bereitschaft der Wirtschaft ausreichende Stellen zu schaffen. Sollte dies nicht gelingen, werden wir uns umgehend für gesetzliche Regelungen einsetzen, die die Ausbildungsplatzsituation verbessern.

Auch für die folgenden Jahre muss die aktive Arbeitsmarktpolitik auf dem jetzigen Niveau fortgesetzt werden; dabei sollten diejenigen Instrumente gestärkt werden, die – wie Beschäftigung schaffende Infrastrukturförderung – einerseits die Beschäftigungsquote erhöhen, andererseits zur Strukturverbesserung in ostdeutschen Kommunen beitragen.

Bei der Suche nach Arbeit zeigen sich die Ostdeutschen bereits äußerst flexibel. Für einen Arbeitsplatz nehmen sie weite Wege in Kauf. Die steuerliche Entlastung für diesen Aufwand steht dem notwendigen Vorhaben gegenüber, einen großen Teil der Subventionen in Deutschland abzubauen. Um Arbeitnehmermobilität nicht über Gebühr zu belasten, sind wir dafür, die Pendlerpauschale nicht über das von den Ministerpräsidenten der Länder Nordrhein-Westfalen und Hessen im Programm „Subventionsabbau im Konsens“ vorgeschlagene Maß zu kürzen.

Bürokratieabbau

Durch einen gezielten Bürokratieabbau wollen wir die Investitionsbedingungen und Voraussetzungen für mehr Unternehmensgründungen verbessern. Ostdeutschland kann auch hier Maßstäbe setzen. West-Mecklenburg wurde als eine Pilotregion im Rahmen des „Masterplan Bürokratieabbau“ der Bundesregierung ausgewählt. Jetzt müssen rasch weitere Modellregionen folgen. Ostdeutschland kann zum Vorbild für eine effizientere öffentliche Verwaltung in Deutschland werden. Bereits erprobte Modelle wie das Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz wollen wir beibehalten.

Ausbau der Infrastruktur

Der Ausbau der Infrastruktur bestimmt unmittelbar über die Bedingungen für Wachstum und Arbeitsplatzentwicklung. Die Verkehrsinfrastrukturpolitik in den neuen Ländern muss deshalb auch in Zukunft ein Schwerpunktbereich bleiben.

Auch sind bei der Neugründung von Bundeseinrichtungen die Beschlüsse der Föderalismuskommission konsequent zu berücksichtigen. Derzeit geplante Neugründungen wie das Bundesforschungsinstitut für Produktsicherheit, die neue Außenstelle der biologischen Bundesanstalt und die im Rahmen der Gesundheitsreform vorgesehene Stiftung für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen sollten in den neuen Ländern angesiedelt werden.

Dort, wo der Osten vorn liegt, dürfen wir diese Standortvorteile nicht aufs Spiel setzen. Die verbesserte berufliche Integration junger Menschen und die Unterstützung der Familien setzt ein qualitativ hochwertiges und bedarfsgerecht ausgebautes, lückenloses Angebot von Kindertageseinrichtungen sowie schulischen Bildungsangeboten voraus. Die neuen Länder haben in dieser Hinsicht insbesondere bei den Kindertageseinrichtungen einen Standortvorteil. Dieser darf im Rahmen der Umsetzung der Agenda 2010 und der damit verbundenen Gesetzgebung nicht auf das Spiel gesetzt werden. Demzufolge ist bei einer Novellierung des SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz) dafür Sorge zu tragen, dass der tatsächliche Bedarf ganztägiger Kinderbetreuung vor und während der Schulzeit unabhängig vom Alter der Kinder und der Berufstätigkeit der Sorgeberechtigten abgesichert wird. Ein Rückbau bereits vorhandener Angebote auf den Bedarf Berufstätiger oder Arbeitssuchender ist auszuschließen. Weiterhin ist dafür zu sorgen, dass junge Menschen und ihre Familien innerhalb der künftigen Jobcenter ein spezifisches Beratungsangebot unter Einbeziehung der Jugendhilfe vorfinden.

Erfurt, Oktober 2003